

Hinweise für Bewerberinnen und Bewerber zu den Informationspflichten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Sie möchten sich auf eine vom Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, ausgeschriebene Stelle bewerben. Dabei ist uns der Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr wichtig.

Rechtlich geregelt ist der Beschäftigtendatenschutz und damit auch der Bewerberdatenschutz in der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem neuen Bundesdatenschutzgesetz (BDSG-neu). Gemäß Art. 13 Abs. 1 und 2 DSGVO müssen wir Bewerberinnen und Bewerbern bei Eingang der Unterlagen über die Art der Datenerhebung informieren:

Die zuständige Stelle für die Erhebung der Daten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens und damit verantwortlich im datenschutzrechtlichen Sinne ist das Thünen-Institut.

Verantwortlicher und Kontaktdaten

Johann Heinrich von Thünen Institut,
Bundesforschungsinstitut für Ländliche
Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50
38116 Braunschweig

Telefon: +49 531 596 1003
Fax: +49 531 596 1099
E-Mail: info@thuenen.de

Datenschutzbeauftragter

Thünen-Institut
- Datenschutzbeauftragter (DSB)-
Bundesallee 38
38116 Braunschweig

Tel.: +49 531 596 1218
Fax: +49 531 596 1299
Email: datenschutz@thuenen.de

Wir erheben und verarbeiten die personenbezogenen Daten von Bewerbern zum Zweck der Durchführung des Bewerbungsverfahrens. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 lit. e DSGVO i. V. m. Art. 88 DSGVO i. V. m. § 26 BDSG-neu. Die personenbezogenen Daten werden nach Bedarf an die Gleichstellungsbeauftragte, die Schwerbehindertenvertretung, den Personalrat sowie an die Personalverwaltung weitergeleitet.

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Bewerbungsverfahrens und bis zu 6 Monate nach Beendigung des Bewerbungsverfahrens gespeichert. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

Sie haben gegenüber dem Thünen Institut ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten und ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung

sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit. Zudem haben Sie ein Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Rechtsvorschriften verstößt. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Sollten Sie notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann Ihre Bewerbung im Bewerbungsverfahren nicht berücksichtigt werden.

Sollte beabsichtigt sein, Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten, so stellt Ihnen die entsprechende Einrichtung vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.